

Michael Hartmann

## Die Kosmopoliten als Profiteure des Nationalstaats und seiner Institutionen

Zu den ökonomischen Voraussetzungen kosmopolitischer Einstellungen

### 1. Einleitung

Seit 2017 wird die wissenschaftliche wie auch die mediale Debatte über den Aufstieg des Rechtspopulismus zunehmend von einem Begriffspaar dominiert: Kosmopoliten versus Kommunitaristen. Diese Begrifflichkeit verwenden die beiden WZB-Forschungsdirektoren Wolfgang Merkel und Michael Zürn, um im Rahmen eines großen Projekts über die Auswirkungen der Globalisierung auf die politischen Konfliktlinien in der Gesellschaft die ihrer Ansicht nach neue dominante Spaltungslinie zu kennzeichnen.<sup>1</sup> Im angelsächsischen Raum ist zum selben Zeitpunkt das entsprechende Begriffspaar *Anywheres* und *Somewheres* von David Goodhart in die Diskussion eingebracht worden, ebenfalls mit großem Erfolg. Egal in welche große deutschsprachige Zeitung oder Zeitschrift man in der letzten Zeit geschaut hat, ob in die *Zeit*, in den *Spiegel*, in die *Süddeutsche Zeitung*, in die *FAZ* oder in die *NZZ*, überall ist die neue gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen beziehungsweise *Anywheres* and *Somewheres* ein wichtiges Thema, zumindest in den Feuilletons.

So unterschiedlich die Autoren dabei die »Kosmopoliten« auch bewerten – die Positionen reichen von scharfer Kritik bis hin zu vehementer Verteidigung –, in der grundlegenden Charakterisierung sind sie sich einig. Merkel formuliert die drei wesentlichen Prinzipien des Kosmopolitismus sehr knapp und prägnant folgendermaßen:

»Individualismus, Universalismus und Offenheit. Kosmopoliten priorisieren individuelle Rechte, offene Grenzen, liberale Zuwanderung, erleichterte Einbürgerung, kulturellen Pluralismus sowie eine globale Verantwortung für universell gültige Menschenrechte und den Umweltschutz. Kosmopoliten betonen die Chancen der Globalisierung, Kommunitaristen die Gefahren. Letztere präferieren überschaubare Gemeinschaften, kontrollierte Grenzen; befürworten eine Beschränkung der Zuwanderung; optieren für kulturelle Identität und betonen den Wert des sozialen Zusammenhalts.«<sup>2</sup>

Zürn bringt es in einem Interview noch knapper auf die Formel: »Kosmopoliten sind ideologisch betrachtet die Gruppe, die sich in der Tendenz eher für offene Grenzen sowohl für Menschen als auch für Kapital und Güter einsetzen, die für

1 Das Projekt hatte den Titel »Die politische Soziologie des Kosmopolitismus und Kommunitarismus«. Die Ergebnisse wurden in de Wilde et al. 2019 veröffentlicht.

2 Merkel 2018, S. 64.

universell gültige Individualrechte eintreten und den Transfer politischer Kompetenzen auf die europäische und globale Ebene befürworten.«<sup>3</sup>

Für Merkel und Zürn sind kosmopolitische Einstellungen in erster Linie unter den Profiteuren der Globalisierung mit vergleichsweise hohen Bildungsabschlüssen und Einkommen zu finden. Merkel spricht diesbezüglich von Personen »in den Ober- und den gebildeten Mittelschichten«, die überwiegend zu den Globalisierungsgewinnern zählten, weil sie über das entsprechende Humankapital verfügten.<sup>4</sup> Er charakterisiert sie an anderer Stelle als Menschen, die »überdurchschnittlich gebildet« seien, »ein überdurchschnittliches Einkommen« hätten, ein »hohes Human- und Kulturkapital« besäßen und »sowohl räumlich wie beruflich sehr mobil« seien.<sup>5</sup> Zürn nennt auf der sozialstrukturellen Ebene ebenfalls die Globalisierungsgewinner, die er definiert als die »Menschen, die besser verdienen und gebildet sind, häufig mehrere Sprachen sprechen und eine internationale Orientierung aufweisen – also über sehr viel transnationales Sozialkapital verfügen.«<sup>6</sup> Merkel weist allerdings zu Recht darauf hin, dass es sich hier um Idealtypen handele, in der Realität würden »einzelne Individuen nicht immer alle Merkmale auf sich vereinen«.<sup>7</sup>

David Goodhart argumentiert in seinem Buch über die *Anywheres* und *Somewheres* im Wesentlichen genauso oder zumindest ähnlich.<sup>8</sup> Auch für ihn sind die *Anywheres* die Gewinner der Globalisierung. Sie seien durch hohe Bildungsabschlüsse und ein großes Maß an Mobilität gekennzeichnet. Ihre zentralen Werte seien Autonomie, Offenheit und Internationalität. Für Goodhart zählt ein knappes Viertel der Bevölkerung dazu, zumeist wohlhabende Akademiker, die sich in den großen Städten des Landes, vor allem in London, konzentrierten. Auch Merkel und Zürn rechnen ungefähr ein Viertel der Bevölkerung zu den Kosmopoliten.<sup>9</sup>

Von besonders großer Bedeutung für die Unterscheidung von »Kosmopoliten« und »Kommunitaristen« ist in den Analysen die Frage der Grenzen. Sie ist »zentral«, wie Zürn es in einem zusammen mit Merkel geführten Gespräch mit der Zeitschrift *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* explizit ausdrückt. Die Frage, ob man »Grenzen mehr oder weniger kontrollieren, eher schließen oder öffnen« solle, sei diejenige, die die »Menschen bewegt und auch spaltet«. Kommunitaristen wollten Grenzen, Kosmopoliten plädierten demgegenüber »in vielerlei Hinsicht für Entgrenzung«.<sup>10</sup> Der Titel des Buchs, in dem die Ergebnisse des WZB-

3 Zürn 2018, S. 72.

4 Merkel 2018, S. 64.

5 Merkel 2017, S. 12.

6 Zürn 2018, S. 72.

7 Merkel 2017, S. 12.

8 Goodhart 2017 a.

9 Merkel, Zürn 2019, S. 16.

10 Ebd., S. 15.

Projekts vorgestellt werden, lautet denn auch folgerichtig: *The Struggle Over Borders*.<sup>11</sup>

Die Frage von offenen oder geschlossenen Grenzen beinhaltet verschiedene Aspekte. Viele, vor allem jüngere Menschen in der EU assoziieren sie zum Beispiel mit dem ungehinderten Reisen innerhalb der EU. Der von Zollschranken freie Warenverkehr ist ein anderer Aspekt. Für die unterschiedliche Haltung von »Kosmopoliten« und »Kommunitaristen« in diesem Punkt sind aber die Zuwanderung von Menschen und die sich dadurch verändernde Lage auf dem Arbeitsmarkt zentral. Die Debatte um den Brexit in Großbritannien zeigt das sehr deutlich. Vor allem für die Brexit-Anhänger aus der Arbeiterschaft im Norden des Landes spielt die Zuwanderung in den britischen Arbeitsmarkt, die sie verhindern wollen, eine große Rolle.<sup>12</sup> Dafür ist aus ihrer Sicht entscheidend, dass Großbritannien die Kontrolle über seine nationalen Grenzen zurückgewinnt, die es durch die Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU verloren habe. Auch Merkel spricht die Bedeutung der Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt explizit an, wenn er den Kommunitaristen als Verlierern der Globalisierung zugesteht, dass ihre Schließungswünsche »zwar kulturell möglicherweise obskur, aber auch ökonomisch rational« seien, weil sie die »Hauptlasten offener Grenzen« – gerade auch auf dem Arbeitsmarkt – zu tragen hätten.<sup>13</sup>

Obwohl in der gesamten Debatte über »Kosmopolitismus« und »Kommunitarismus« beziehungsweise den Aufstieg des Rechtspopulismus kulturelle Erklärungsansätze wie vor allem die *Cultural-Backlash*-These<sup>14</sup> überwiegen dürften,<sup>15</sup> spielen ökonomische Faktoren wie die Arbeitsmarktlage nicht nur bei Merkel und Zürn, sondern auch bei fast allen anderen Autoren eine wichtige Rolle.<sup>16</sup> Sie werden aber zumeist nur unter dem Gesichtspunkt behandelt, wie sie sich auf das Erstarken rechtspopulistischer Positionen auswirken.<sup>17</sup> Es geht bei der Analyse von kosmopolitischen und kommunitaristischen Einstellungen also vorwiegend um letztere. Die Bedeutung offener und geschlossener Grenzen wird fast ausschließlich in Hinblick auf die Globalisierungsverlierer thematisiert. Bei den »Kosmopoliten« als den Gewinnern der Globalisierung wird in der Regel explizit oder zumindest implizit davon ausgegangen, dass sie von offenen Grenzen ökonomisch profitieren und deshalb dafür sind. Es bleibt aber die Frage, ob sie offenen Gren-

11 Siehe de Wilde et al. 2019.

12 Siehe Bloodworth 2019 und Koopmans, Zürn 2019, S. 17 f.

13 Merkel 2018, S. 65.

14 Sie hat im aktuellen Buch von Norris und Inglehart (2019) ihre bislang wohl umfangreichste und präziseste Darstellung gefunden.

15 Das gilt weniger für die deutsche als für die US-amerikanische Debatte.

16 Das trifft unter anderem auch auf Norris und Inglehart zu (Norris, Inglehart 2019, S. 278 ff.).

17 Siehe dazu zum Beispiel die Diskussion über die Gründe für den Erfolg der AfD zwischen Lengfeld (2017), Rippl, Seipel (2018) und Lux (2018) oder die Beiträge von Gidron, Hall (2018) und Mckenzie (2018) zum Brexit im Sonderheft des *British Journal of Sociology*.

zen für Zuwanderer vielleicht auch deshalb so positiv gegenüberstehen, weil offene Grenzen wegen des Nationalstaats und der mit ihm verbundenen Institutionen (Sprache, kulturelle Traditionen, Rechtssystem etc.) für sie mit keinen oder nur geringen Lasten beziehungsweise Kosten verbunden sind.

Der Beitrag nähert sich dieser Frage in zwei Schritten. Zunächst wird der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen in Deutschland genauer analysiert (Abschnitt 2). Es geht dabei um das Gewicht, das der Konkurrenz durch Ausländer<sup>18</sup> auf diesem Arbeitsmarkt zukommt, und die mit der Existenz des Nationalstaats verknüpften formellen wie informellen Mechanismen, die sich in dieser Hinsicht vorteilhaft für die deutschen Hochschulabsolventen auswirken. Im nächsten Schritt wird versucht, die Frage nach dem Zusammenhang von Arbeitsmarktlage und kosmopolitischen Einstellungen anhand von Umfragedaten direkt zu beantworten, was aufgrund der Datenlage leider nur sehr begrenzt möglich ist (Abschnitt 3).

## 2. Der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen

Im Folgenden werden der Gesamtarbeitsmarkt für Hochschulabsolventen sowie die Teilarbeitsmärkte für einzelne akademische Berufsgruppen in Deutschland in Hinblick auf die Relation zwischen deutschen und ausländischen Arbeitnehmern analysiert. Die ausschließliche Konzentration auf die Hochschulabsolventen erscheint aus drei Gründen gerechtfertigt. Erstens weisen Hochschulabsolventen ziemlich genau jene Merkmale (überdurchschnittlich hohe Bildungsabschlüsse, überdurchschnittlich hohe Einkommen, überdurchschnittlich hohes transnationales Sozialkapital) auf, die für Merkel und Zürn die Kosmopoliten charakterisieren. Zweitens entsprechen sie mit knapp einem Viertel der Erwerbstätigen auch quantitativ dem Bevölkerungsanteil, der für die Kosmopoliten in der Regel angegeben wird. Drittens schließlich stimmen auch ihre Parteipräferenzen und politischen Positionen weitgehend mit dieser Gleichsetzung überein. So sind Hochschulabsolventen unter den Anhängern der Grünen besonders stark vertreten, sie plädieren in Medienumfragen am weitest häufigsten für offene Grenzen und stehen der EU weit positiver gegenüber als andere Bevölkerungsgruppen.<sup>19</sup>

### 2.1 Die klassischen akademischen Professionen

Schaut man zunächst auf die beiden ältesten und wohl immer noch einflussreichsten akademischen Professionen, die der Mediziner und die der Juristen, so bietet sich ein recht eindeutiges Bild. Ihre deutschen Mitglieder sehen sich nur sehr begrenzt der Konkurrenz durch ausländische Anbieter oder ausländische Berufs-

18 Unter Ausländern sind entsprechend der üblichen juristischen Definition Personen zu verstehen, die in Deutschland leben, aber eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen.

19 Siehe dazu zum Beispiel die Analysen vor beziehungsweise nach der Europawahl bei Bukow 2019, S. 15; Kahrs 2019, S. 2; Rößner, Tannenber 2019.

angehörige ausgesetzt. Bei den Juristen ist das besonders augenfällig. Weil die Rechtsprechung in den allermeisten Fällen strikt an nationale Grenzen gebunden ist und nur in wenigen Ausnahmefällen wie zum Beispiel bei Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) oder bei den in internationalen Handelsverträgen wie CETA festgeschriebenen außerstaatlichen Schiedsgerichten von diesem Prinzip abgewichen wird, gibt es so gut wie keine direkte Konkurrenz durch aus dem Ausland agierende Kanzleien. Auch von den ungefähr 200.000 in Deutschland tätigen Juristen dürfte maximal ein Prozent eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen. Nach der jährlich veröffentlichten Statistik der Bundesrechtsanwaltskammer befinden sich derzeit unter den über 148.000 niedergelassenen Rechtsanwälten gerade einmal 1.047 Ausländer, zu gut zwei Dritteln Bürger der anderen EU-Staaten, zu knapp einem Drittel aus dem restlichen Ausland.<sup>20</sup> Dass fast 300 von ihnen aus Großbritannien und den USA stammen, spricht für eine Konzentration bei internationalen, in diesen Ländern beheimateten Großkanzleien (Law Firms) mit hiesigen Niederlassungen wie etwa Linklaters oder Clifford Chance. Bei den knapp 17.000 Syndikusanwälten dürfte die Relation zwischen Deutschen und Ausländern nicht viel anders aussehen als bei den Rechtsanwälten. Da für die gut 25.000 Richter und Staatsanwälte die deutsche Staatsbürgerschaft sogar eine zwingende Bedingung für den Berufszugang darstellt, bleiben nur noch die in der öffentlichen Verwaltung und in Unternehmen (ohne Anwaltszulassung) beschäftigten Juristen. Um auf insgesamt mehr als ein Prozent der berufstätigen Juristen zu kommen, müssten Ausländer in diesen Sektoren einen außergewöhnlich hohen Anteil der Beschäftigten ausmachen. Das ist im öffentlichen Dienst so gut wie ausgeschlossen und in der Wirtschaft ebenfalls mehr als unwahrscheinlich. Alles in allem bewegen sich die deutschen Juristen also auf einem Markt, der fast vollkommen national strukturiert ist und auf dem ausländische Konkurrenz, abgesehen von Fragen des internationalen Wirtschaftsrechts, so gut wie keine Rolle spielt.

Bei den Medizinern ist die Lage nicht ganz so eindeutig. Immerhin besitzen etwas über 48.000 der gut 392.000 hierzulande berufstätigen Ärzte eine ausländische Staatsbürgerschaft. Das sind gut zwölf Prozent, zudem mit steigender Tendenz. Nicht ganz die Hälfte von ihnen kommt aus anderen EU-Staaten, ein gutes Sechstel aus dem übrigen Europa und fast ein Viertel aus Asien.<sup>21</sup> Wirft man jedoch einen genaueren Blick darauf, wo und in welchen Positionen sie tätig sind, so zeigt sich eines sehr deutlich. Die finanziell lukrativsten Bereiche, entweder als niedergelassener Arzt oder in leitender Stellung im Krankenhaus, bleiben ihnen weitgehend verschlossen. Wie groß die Einkommensdifferenzen sind, demonstrieren ein paar Zahlen. Während sich die Bruttoeinkommen von Assistenzärzten (inklusive Dienste) zwischen 60.000 und 80.000 Euro pro Jahr bewegen – Fachärzte im Krankenhaus verdienen etwa 10.000 Euro mehr –, kommen Oberärzte schon auf 100.000 bis 130.000 Euro und Chefärzte im Schnitt auf über 200.000

20 Bundesrechtsanwaltskammer 2018; Bundesrechtsanwaltskammer 2019.

21 Alle statistischen Daten zu den Ärzten hier wie im Folgenden aus Bundesärztekammer 2017, S. 34 ff.; Bundesärztekammer 2018, S. 36 ff.

Euro. Die Einkommen der niedergelassenen Ärzte bewegen sich je nach Fachrichtung in der Regel auf dem Niveau von Ober- oder Chefärzten, mit Ausschlägen nach oben wie nach unten. Was nun die in der ambulanten Versorgung tätigen Ärzte angeht, so weisen nicht einmal 6.000 von den insgesamt gut 157.000 eine ausländische Staatsangehörigkeit auf, in diesem Fall zu drei Vierteln eine europäische und zu 55 Prozent die eines EU-Landes. Insgesamt liegt der Ausländeranteil hier bei nicht einmal vier Prozent.

Betrachtet man nur die niedergelassenen Ärzte mit eigener Praxis, dürfte der Anteil sogar noch niedriger liegen. Obwohl hierzu keine statistischen Angaben vorliegen, ist anzunehmen, dass unter den in der ambulanten Versorgung tätigen knapp 40.000 in Arztpraxen angestellten Ärzten ein höherer Prozentsatz aus dem Ausland stammt. Dafür spricht vor allem, dass die große Mehrzahl von ihnen nicht aus benachbarten Ländern, sondern aus weiter entfernten und unter gravierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten leidenden Staaten kommt und ihr Anteil in den letzten Jahren auch am stärksten gestiegen ist. So bilden griechische Ärzte mit 521 Personen die größte nationale Gruppe und rumänische Ärzte mit 422 die drittgrößte. Außerdem hat sich allein von Ende 2017 bis Ende 2018 die Zahl der bulgarischen, griechischen und rumänischen Ärzte im Durchschnitt um gut 14 Prozent erhöht. Bei den Zahlen von Medizinern aus geografisch zwar deutlich näheren, ökonomisch aber starken Ländern wie Belgien, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden oder den skandinavischen Staaten hat es dagegen so gut wie überhaupt keine Veränderungen gegeben, sondern nur minimale Abweichungen nach oben wie auch nach unten.

Ähnlich wie bei den Ärzten aus Griechenland und Rumänien sieht es bei denen aus europäischen Ländern außerhalb der EU aus. Die größten Einzelgruppen bilden hier die russischen und die ukrainischen Ärzte, die zusammen über 50 Prozent ausmachen und im Jahr 2018 ebenfalls Steigerungsraten von etwa 14 Prozent aufweisen. Da die Niederlassung als selbstständiger Arzt nicht unerhebliche finanzielle Mittel erfordert und auch an eine Reihe von sonstigen Voraussetzungen gebunden ist, ist es mehr als wahrscheinlich, dass die Mehrheit der im ambulanten Sektor tätigen ausländischen Ärzte in angestellter Stellung arbeitet und ihr Anteil an den niedergelassenen Ärzten nur zwischen zwei und drei Prozent ausmacht.

Was die Besetzung von leitenden Positionen in den Krankenhäusern angeht, so existieren diesbezüglich leider keinerlei vergleichbare statistische Zahlen. Einzelbeispiele und die regionale Herkunft der ausländischen Ärzte lassen aber vermuten, dass sie es nur relativ selten in solche Positionen schaffen. Was die regionale Verteilung angeht, so kommen die größten Einzelgruppen im EU-Bereich mit Rumänen (über 3.500 Ärzte) und Griechen (mehr als 2.000 Ärzte) wieder aus geografisch relativ weit entfernten Ländern. Diese beiden Nationen stellen fast ein Drittel der Krankenhausärzte aus dem EU-Ausland und, lässt man die knapp 1.600 Österreicher einmal außer Betracht, fünfmal so viele wie alle westlichen Nachbarländer Deutschlands zusammen. Bei den übrigen europäischen Staaten dominieren mit zusammen fast 3.000 Personen wieder Russland und die Ukraine. Da die Herkunft der ausländischen Krankenhausärzte sich auf Länder konzen-

triert, die in sprachlicher wie kultureller Hinsicht eher wenig Gemeinsamkeiten mit Deutschland aufweisen, liegt die Vermutung nahe, dass sie zum ganz überwiegenden Prozentsatz – wenn nicht sogar fast ausschließlich – in nichtleitenden Stellungen beschäftigt sind. Dafür sprechen auch Einzelbeispiele aus den Neuen Bundesländern, die in ihren Krankenhäusern einen besonders hohen Anteil an ausländischen Ärzten aufweisen. So berichtete der *Deutschlandfunk* im Dezember 2018 aus dem früheren Kreiskrankenhaus Pasewalk, heute Teil des Asklepios-Konzerns, dass dort mittlerweile die Hälfte der Ärzte eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzt, überwiegend die des unmittelbar benachbarten Polen. Während der Anteil unter den Assistenzärzten aber bei fast drei Vierteln liegt, haben die Chefarzte und leitenden Oberärzte ausschließlich eine deutsche Nationalität. Letzteres dürfte in den Teilen Deutschlands, die für deutsche Ärzte deutlich attraktiver sind als eine kleine Kreisstadt im Osten Mecklenburg-Vorpommerns, erst recht gelten.

Neben der geringen Repräsentanz von Ausländern in den finanziell lukrativen höheren Berufspositionen spielt noch ein zweiter Faktor hinsichtlich der Konkurrenz seitens ausländischer Ärzte eine große Rolle. Die Arbeitsmarktlage ist seit Jahren außerordentlich günstig. Es gibt deutlich mehr Stellenangebote als nach Stellen suchende Ärzte.<sup>22</sup> Ausländische Ärzte werden daher vor allem von kleineren und/oder geografisch eher abgelegenen Krankenhäusern eingestellt, um den Bedarf überhaupt decken zu können. Sie stellen somit keine wirkliche Konkurrenz für ihre deutschen Kollegen dar, sondern füllen im Wesentlichen die Lücken, die aufgrund des zu niedrigen Angebots an einheimischen Ärzten entstehen.

Diese für die deutschen Ärzte sehr vorteilhafte Arbeitsmarktsituation ist im Kern aber keine Folge der demografischen Entwicklung, wie zumeist argumentiert wird, sondern in erster Linie die Konsequenz einer politischen Entscheidung Ende der 1980er Jahre. Damals war die Angst vor einer sogenannten Ärzteschwemme in Medizinerkreisen groß. Frank Montgomery, Vorsitzender des Marburger Bundes, prognostizierte auf dem Ärztetag 1989 für Mitte der 1990er Jahre eine Zahl von bis zu 54.000 arbeitslosen Ärzten. Der Druck der organisierten Ärzteschaft auf die Politik, etwas dagegen zu unternehmen, war dementsprechend groß. Der entscheidende Hebel wurde staatlicherseits in einer drastischen Reduzierung der Studienplätze für Medizin gesehen. Begründet mit einer notwendigen Verbesserung der Ausbildung, wurden zum WS 1990/91 2.200 Studienplätze gestrichen, fast jeder fünfte. Standen in den 1980er Jahren stets über 11.000 Plätze zur Verfügung, so waren es seither trotz des Hinzukommens der medizinischen Fakultäten in den neuen Bundesländern (inklusive Ostberlin) mit ihren ca. 2.000 Studienplätzen nur noch zwischen knapp 10.000 und knapp 11.000.<sup>23</sup> Rechnet man die fehlenden ca. 2.000 Studienplätze auf 20 Jahre hoch, so entspricht das bis heute ungefähr 40.000 nicht ausgebildeten Ärzten, also ziemlich genau der Zahl ausländischer Ärzte hierzulande.

22 Martin 2018.

23 Kopetsch 2010, S. 33; aktuelle Angaben der Bundesärztekammer.

Wie die Reaktion der deutschen Ärzteschaft ausfallen würde, hätte man die Ausbildungskapazitäten nicht derartig stark reduziert, kann man zwar nicht sicher sagen, ein Indiz dafür gibt es aber. Als in den 1990er Jahren die Zahl arbeitsloser Ärzte zwar nicht auf die prognostizierten 54.000, aber immerhin auf über 10.500 Anfang 1997 stieg und zudem eine weitere Zunahme erwartet wurde,<sup>24</sup> betrachtete man ausländische Ärzte überwiegend als unliebsame Konkurrenz. Dementsprechend fiel die Reaktion der Ärzteverbände aus. Soweit es möglich war, wurde den Ausländern der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt versperrt. Das betraf in erster Linie diejenigen, bei denen das vergleichsweise einfach war. So wurden die Abschlusszeugnisse vieler osteuropäischer Ärzte einfach nicht als gleichwertig anerkannt. Besonders betroffen davon waren russische Ärzte, die dann nicht als Mediziner tätig werden konnten. Von den relativ zahlreichen Ärzten unter den sogenannten Kontingentflüchtlingen, ungefähr 220.000 jüdischen Übersiedlern aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zwischen 1991 und 2004, konnte sogar so gut wie niemand weiter in seinem früheren Beruf arbeiten. Erst 2012 wurde die Anerkennung ihrer Zeugnisse erleichtert, für die große Mehrzahl zu spät.

Trotz der Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU kann von Seiten der Ärzteverbände bei Bedarf auch heute noch auf Mechanismen zurückgegriffen werden, die den Zugang von ausländischen Ärzten zum deutschen Arbeitsmarkt spürbar behindern. Die entscheidende Hürde ist nach wie vor die Approbation durch die Ärztekammern. Sie erst erlaubt die Tätigkeit als Arzt in Deutschland, wobei auch die Möglichkeit eines sehr beschränkten und nur vorübergehenden Einsatzes besteht. Zwar werden anders als früher ausländische Zeugnisse inzwischen oft ohne größere Probleme anerkannt, aber nur für Ärzte aus Staaten der EU, des europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der Schweiz, deren Abschlussprüfung in diesen Ländern in die Zeit der EU- beziehungsweise EWR-Mitgliedschaft fällt, ist das obligatorisch. Für sie gibt es dann nur noch ein Anerkennungsverfahren, bei dem im Wesentlichen die Sprachkenntnisse überprüft werden. In allen anderen Fällen wird von den Ärztekammern generell die Gleichwertigkeit des Abschlusses überprüft. Da der Begriff der Gleichwertigkeit nicht genau definiert ist, bleibt hier ein erheblicher Spielraum, der je nach Arbeitsmarktlage unterschiedlich genutzt wird. In der Regel wird eine erneute ärztliche Abschlussprüfung angeordnet. Bei diesen Prüfungen, die derzeit vor allem von Bewerbern aus Ländern wie Syrien oder der Ukraine verlangt werden, liegt die Durchfallquote im ersten Versuch bei über 50 Prozent. Es sind dabei weniger die Sprachkenntnisse, an denen ungefähr ein Drittel scheitert, als vielmehr der am zweiten deutschen Staatsexamen orientierte fachliche Prüfungsteil, den viele nicht bestehen.<sup>25</sup> Die Prüfung kann in vielen Bundesländern nur einmal wiederholt werden. Um bei erneutem Scheitern eine endgültige Ablehnung zu vermeiden, kann man den Antrag aber zurückziehen und später erneut stellen. So schaffen es die meisten Bewerber bisher dann doch irgendwann. Das ist aber nicht garantiert, sondern hängt davon ab, wie streng die

24 Flenker, Schwarzenau 1998.

25 Thomas 2018.

Prüfungspolitik der Ärztekammern ausfällt. Außerdem muss man, um den Antrag überhaupt stellen zu können, eine gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis nachweisen können. Auch hier gibt es für Bewerber aus entfernten Ländern schon jetzt oft beträchtliche Probleme und in Zukunft, falls nötig, einen erheblichen Handlungsspielraum für eine restriktivere Zulassungspolitik.

Auch bei den anderen akademischen Professionen (Apotheker, Architekten, beratende Ingenieure, Psychotherapeuten, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer sowie Tier- und Zahnärzte, insgesamt knapp eine halbe Million Erwerbstätige), denen vom Staat ein großes Maß an professioneller Selbstorganisation und -kontrolle in Form von Kammern eingeräumt wird, regeln diese Kammern letztlich den Zugang zum jeweiligen Arbeitsmarktsegment. Auch sie verfügen damit über Möglichkeiten, diesen Zugang zumindest ein Stück weit zu regulieren, ihn je nach wirtschaftlicher Lage mehr oder weniger restriktiv zu handhaben.

So läuft der Bundesverband der Apotheker seit geraumer Zeit Sturm gegen eine weitere Öffnung des deutschen Marktes für ausländische Anbieter wie DocMorris. Letztere verlangen unter Bezugnahme auf ein 2016 gefälltes Urteil des Europäischen Gerichtshofs, die Preisbindung für verschreibungspflichtige Medikamente hierzulande aufzuheben. Sie wollen dadurch die Möglichkeit bekommen, sich durch Rabatte auf Kosten vor allem der kleineren Apotheken einen größeren Anteil am Medikamentenmarkt zu sichern. Bislang entfällt auf den Versandhandel (inklusive der deutschen Versandhändler) gerade einmal gut ein Prozent dieses Marktsegments der rezeptpflichtigen Arzneien, verglichen mit über 13 Prozent bei den frei verkäuflichen Medikamenten und Produkten. Die Bundesvereinigung der deutschen Apothekerverbände hat in den letzten drei Jahren gegen diese Bestrebungen eine umfassende Öffentlichkeitskampagne gefahren und zugleich massive Lobbyarbeit in Berlin geleistet. Das war insofern erfolgreich, als Gesundheitsminister Spahn Mitte Juli einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, der die Preisbindung zwar aus dem Arzneimittelgesetz streicht, sie dafür aber in das für die Kostenerstattung durch die gesetzlichen Krankenkassen entscheidende Sozialgesetzbuch einfügt.<sup>26</sup>

Nicht so erfolgreich wie die Apotheker waren die Architekten. Die bislang gültige Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), die Mindest- und Höchstsätze für ihre Arbeit festlegt, daher oft auch als eine Art Buchpreisbindung für diesen Bereich bezeichnet wurde, ist im Juli durch den EuGH als Verstoß gegen die Dienstleistungsrichtlinie und als unzulässige Diskriminierung ausländischer Anbieter gekippt worden. Die Bundesregierung muss die gesetzliche Regelung dementsprechend ändern. Zwar bleibt die HOAI zunächst noch in Kraft, aber in absehbarer Zeit werden Bauherren die Honorare völlig frei aushandeln können.<sup>27</sup> Die Architektenkammern versuchen nun verzweifelt, in Gesprächen mit der Bundesregierung so viel wie nur möglich von der alten Honorarordnung zu retten. Ihre Erfolgsaussichten sind aber eher schlecht. Dass das Ganze anders als bei den Apothekern recht geräuschlos über die Bühne gegangen ist, es keine

<sup>26</sup> Wolfskämpf 2019.

<sup>27</sup> Mätzig 2019; Oechsner 2019.

öffentliche Kampagne seitens der Architektenkammern gegeben hat, dürfte mit der schon seit Jahren anhaltenden Hochkonjunktur am Bau zu tun haben. Derzeit würden Preisverhandlungen ohne feste Honorarordnung aufgrund der hohen Nachfrage zu keinem Sinken der Preise führen. Bei einem Nachlassen der Konjunktur wird sich das aber schnell ändern. Dann droht ein für kleinere Architekturbüros ruinöser Preiskampf.

Anders als die Apotheker und Architekten setzen Ärzte, Anwälte etc. nationale Gesetze derzeit allerdings nicht bewusst als Mittel zur Wahrung eigener Interessen ein. Sie profitieren aber nichtsdestotrotz von nationalen Regelungen, kulturellen Traditionen und der deutschen Sprache. Wenn Goodhart in einem Beitrag für das *Rotary Magazin* als charakteristisches Beispiel für die *Anywheres* einen britischen Rechtsanwalt anführt, der für »ein paar Jahre zum Arbeiten nach Berlin gehen« könne,<sup>28</sup> dann hat das mit der Wirklichkeit nur sehr begrenzt zu tun. Das kann dieser Anwalt nämlich in der Regel nur dann machen, wenn er sich auf internationales Recht, insbesondere Wirtschaftsrecht, spezialisiert hat und eine dafür geeignete Position in Berlin findet. Das normale Anwaltsgeschäft dagegen bleibt ihm aus zwei Gründen so gut wie immer verschlossen. Erstens spricht er die Sprache seiner Klienten nicht oder zumindest nicht gut genug, und zweitens ist er in einem Rechtssystem ausgebildet und sozialisiert worden, das sich in vielerlei Hinsicht grundsätzlich vom deutschen unterscheidet. Im angelsächsischen Raum dominiert das sogenannte »Case Law«, das Fallrecht. Im Unterschied zum in Deutschland und auch in den meisten anderen kontinentaleuropäischen Staaten vorherrschenden »Civil Law« stützt es sich in erster Linie auf Präzedenzurteile aus der Vergangenheit. Einfach mal für ein paar Jahre von London nach Berlin zu wechseln dürfte also auf fast unüberwindbare Hürden stoßen.

Diese beiden Faktoren erklären, warum es unter den Rechtsanwälten hierzulande so wenige Ausländer gibt und warum diejenigen, die hier praktizieren, zu einem so hohen Prozentsatz bei den angelsächsischen, fast ausschließlich mit den Rechtsproblemen international operierender Großunternehmen befassten Großkanzleien tätig sind. Die Rechtssysteme, in denen die ausländischen Juristen ausgebildet worden sind, sind stark von den jeweiligen nationalen Traditionen und Kulturen geprägt, und eine kompetente Beratung wie vor allem gerichtliche Vertretung bedarf außerdem eines präzisen Ausdrucksvermögens in der deutschen Sprache. Letzteres gilt selbst für jene Anwälte, die sich aufgrund ihrer familiären Herkunft (zum Beispiel aus der Türkei) auf eine überwiegend fremdsprachige Klientel spezialisiert haben. Sie benötigen die deutsche Sprache zwar nicht in der Kommunikation mit den Klienten, aber letztendlich doch vor Gericht oder im Umgang mit den deutschen Behörden.

Bei den Ärzten sind anders als bei den Juristen die Unterschiede auf der fachlichen Ebene bis auf Ausnahmen (zum Beispiel in der Psychiatrie) nicht sonderlich relevant. Dennoch sorgen kulturelle Differenzen und vor allem sprachliche Probleme auch hier für mehr oder minder große Hürden. Was die kulturellen Differenzen angeht, ist folgendes Beispiel aufschlussreich. Russische Ärzte teilen ihren

28 Goodhart 2017b.

Patienten die Befunde traditionell ohne Umschweife mit. »Wenn ein [deutscher; M.H.] Patient mit einem Raucherbein aber von einer russischen Ärztin ohne Vorwarnung zu hören bekommt: ›Das Bein muss ab‹, dann fällt der aus allen Wolken«, so eine Schilderung im *Deutschen Ärzteblatt*.<sup>29</sup> Rumänische Ärzte dagegen würden ernste Diagnosen nicht dem Betroffenen, sondern nur nahen Angehörigen mitteilen, so derselbe Artikel. Noch gravierender aber sind sprachliche Probleme. Dies gilt umso mehr, je wichtiger das Gespräch mit dem Patienten ist.

## 2.2 Die Wissenschaftler und die Journalisten

Man muss allerdings einräumen, dass die zuvor beschriebenen Professionen trotz ihres Bekanntheitsgrads und ihrer Bedeutung nur ungefähr fünf Prozent aller Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss in Deutschland ausmachen. Die Berufsgruppen, denen die anderen 95 Prozent angehören, verfügen nicht über vergleichbare Einflussmöglichkeiten durch eigene Kammern und Zulassungsbedingungen. Es stellt sich daher die Frage, wie es dort um die Beschäftigungschancen ausländischer Hochschulabsolventen steht. Wirft man zunächst einen Blick auf zwei Berufsgruppen, die in der Debatte besonders stark für offene Grenzen plädieren, die Wissenschaftler und die Journalisten, so bietet sich ein uneinheitliches Bild.

Unter den Journalisten sind Ausländer immer noch eher eine Seltenheit. Zwar gibt es keine einschlägigen aktuellen Studien, die wenigen halbwegs belastbaren Daten sprechen aber eine eindeutige Sprache. Eine Ende des letzten Jahrzehnts veröffentlichte Studie kam auf Werte von etwa zwei Prozent, allerdings nur bei einzelnen Medien. So wurde damals für RTL ein Ausländeranteil von 1,8 Prozent angegeben, für das ZDF einer von 2,3 Prozent und für die Zeitschriften von Gruner & Jahr einer von 2,5 Prozent.<sup>30</sup> Man kann also von maximal zwei Prozent Ausländern im Journalismus ausgehen, im Printbereich weniger, bei den audiovisuellen Medien mehr. Dafür sprechen auch die umfangreicheren Zahlen, die es zu Journalisten mit Migrationshintergrund gibt. Allgemein wird von maximal vier Prozent mit Migrationshintergrund ausgegangen, und das, obwohl es in den letzten zehn Jahren spürbare Bemühungen der Medien in dieser Beziehung gegeben hat. Die einzige Studie mit konkreten Zahlen, die zu dieser Thematik existiert, kam Ende des letzten Jahrzehnts bei einer Vollerhebung in allen 1.229 Chef- und Lokalredaktionen der in Deutschland erscheinenden 600 Tageszeitungen sogar auf einen erheblich geringeren Wert. Von den insgesamt dort beschäftigten 16.000

29 Flintrop 2009, S. 439.

30 Oulios 2010, S. 25. Die Bundesagentur für Arbeit gibt für die gut 82.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich Redaktion und Journalismus sogar einen Ausländeranteil von 5,1 Prozent an. Sie nennt zugleich aber auch einen Anteil an Hochschulabsolventen von nur gut 55 Prozent und einen Beschäftigungsanteil von fast 40 Prozent für das produzierende Gewerbe. Letzteres erklärt sich daraus, dass viele Journalisten in den PR-Abteilungen von Unternehmen beschäftigt sind. Da die Zahlenangaben für die in Deutschland tatsächlich im eigentlichen Mediensektor tätigen Journalisten je nach Quelle sehr stark voneinander abweichen, lässt sich keine wirklich präzise Angabe machen. Der von der Arbeitsagentur angegebene Prozentsatz erscheint aber für den Medienbereich deutlich zu hoch.

Journalisten wiesen nur ganze 200 einen Migrationshintergrund auf, gerade einmal gut ein Prozent. In 84 Prozent der Redaktionen gab es sogar keinen einzigen.<sup>31</sup> Der Anteil derjenigen, die eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen, dürfte in diesem Bereich noch deutlich niedriger gelegen haben, da nicht einmal die Hälfte der über 20 Millionen hierzulande lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (erste, zweite oder dritte Generation) im juristischen Sinne Ausländer sind.

Der entscheidende Grund für diesen geringen Anteil ist leicht zu finden. Es ist die deutsche Sprache. Sie ist das zentrale Handwerkszeug in diesem Beruf. Nur wer sich mündlich und/oder schriftlich sehr gut in Deutsch ausdrücken kann, hat eine Chance in der Medienbranche. So gut wie alle bekannten Gesichter des Journalismus mit Migrationshintergrund sind deshalb auch in Deutschland geboren und aufgewachsen. Das gilt für die audiovisuellen Medien (zum Beispiel Dunja Hayali vom *ZDF* oder Mai Thi Nguyen-Kim vom *WDR*) genauso wie für die Printmedien (zum Beispiel Ferda Ataman von *Spiegel Online*, Ferdos Forudastan von der *Süddeutschen Zeitung* oder Vanessa Vu von *Zeit Online*). Nur ganz selten findet man deshalb Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft.

An den Universitäten und Hochschulen, den Hochburgen der Wissenschaft, wo viele Betrachter eine besonders hohe Quote an Ausländern vermuten, sieht es tatsächlich ganz anders als im Journalismus aus. Es fallen bei näherem Hinsehen erst einmal Gemeinsamkeiten mit den Ärzten ins Auge. Sie betreffen vor allem die absoluten Größen und die Relationen, die nahezu identisch sind. Von den gut 394.000 an den Hochschulen beschäftigten Wissenschaftlern besitzen über 46.000 eine ausländische Staatsbürgerschaft, das heißt 11,7 Prozent. Berücksichtigt man nur die knapp 250.000 hauptberuflich dort tätigen Wissenschaftler, steigt der Prozentsatz leicht auf 13,1 Prozent. Ebenfalls noch vergleichbar, zumindest in der Grundtendenz, ist die Differenz zwischen leitenden und nichtleitenden Positionen. Während der Anteil der Ausländer unter den hauptberuflichen Mitarbeitern ohne Führungsposition bei 14,6 Prozent liegt, beträgt er unter den Professoren nur 6,8 Prozent, ein nicht einmal halb so hoher Prozentsatz. Diese relativ niedrige Quote ist allerdings vor allem auf die Situation an den Fachhochschulen zurückzuführen. Während an den Universitäten immerhin jede zehnte Professur von einem Ausländer besetzt wird, ist es an den Fachhochschulen nur jede vierzigste. Die Unterschiede bei den Mitarbeitern fallen zwar ähnlich hoch aus. Da die Relation zwischen Professoren und Mitarbeitern an den Fachhochschulen aber bei weniger als eins zu zwei liegt, an den Universitäten dagegen bei mehr als eins zu sieben, macht sich diese Differenz bei letzteren deutlich stärker im Gesamtergebnis bemerkbar.<sup>32</sup> Bei den Universitätsprofessuren ist ein erster wesentlicher Unterschied zu den Ärzten erkennbar. Ausländer schaffen es erheblich häufiger auch bis in die leitenden Positionen. Ein zweiter großer Unterschied besteht darin, dass die ausländischen Mitarbeiter nur in 58 Prozent der Fälle aus Europa kom-

31 Geißler et al. 2009, S. 91 f.

32 All die genannten Daten zu den Wissenschaftlern aus Statistisches Bundesamt 2018, S. 22, 28.

men, die Professoren dafür mit 80 Prozent in deutlich höherem Maße. Was vor allem auffällt, ist der große Prozentsatz an Österreichern und Schweizern unter den ausländischen Professoren. Sie stellen fast jeden dritten.<sup>33</sup> Ließe man sie aufgrund der gleichen Sprache und ähnlichen Kultur unberücksichtigt, würde sich der Unterschied zu den Ärzten schon deutlich relativieren.

Wie wichtig der Faktor Sprache auch bei den an Hochschulen tätigen Wissenschaftlern ist, zeigt aber nicht nur der außergewöhnlich hohe Anteil von Österreichern und Schweizern unter den Professoren, sondern vor allem die Differenz zwischen den Professoren an den Universitäten und denen an den Fachhochschulen. Dass der Ausländeranteil bei letzteren so extrem niedrig ausfällt, dürfte zum größten Teil auf den viel höheren Anteil der Lehre in ihrer Arbeit zurückzuführen sein. Lehre erfolgt in der Regel immer noch auf Deutsch, während die Sprache in der Forschung eine wesentlich geringere Rolle spielt beziehungsweise in einer Reihe von Disziplinen Englisch sogar die Arbeitssprache ist. Das erklärt auch, warum der Ausländeranteil in den außeruniversitären Forschungsorganisationen mehr als doppelt so hoch liegt wie in den Hochschulen, mit einem Spitzenwert von sogar über 46 Prozent an den Max-Planck-Instituten. Der sehr hohe Wert für die Max-Planck-Institute weist zudem auf fächerspezifische Unterschiede hin. Wie schon bei den Ärzten fällt der Prozentsatz der Ausländer umso geringer aus, je sprachorientierter ein Fach ist. In den Naturwissenschaften liegt er mit über 17 Prozent folgerichtig am höchsten, in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften mit nur gut sechs Prozent am niedrigsten. Die Geisteswissenschaften haben zwar einen auf den ersten Blick überraschend hohen Anteil von 16 Prozent. Davon kommen allerdings fast zwei Drittel aus Österreich oder der Schweiz, während dieser Wert in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie der Medizin mit sechs bis sieben Prozent gerade einmal ein Zehntel so hoch ausfällt.<sup>34</sup> Die deutsche Sprache bildet also auch bei den Wissenschaftlern, vor allem in den sprachorientierten Fächern, eine nicht zu unterschätzende Hürde für Ausländer.

### 2.3 Die Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss nach Staatsbürgerschaft

Schaut man nicht nur auf einzelne Akademikergruppen, sondern auf die Gesamtheit der hierzulande lebenden Personen mit Hochschulabschluss, so ist ein Punkt auch oberflächlich sofort ersichtlich. Deutsche und Ausländer unterscheiden sich, was den Anteil der Hochschulabsolventen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe angeht, kaum. Es herrscht fast Gleichstand, mit Anteilen von gut 22 Prozent bei den Deutschen und 20 Prozent bei den Ausländern.<sup>35</sup> Berücksichtigt man bei den

33 DZHW, DAAD 2018, S. 24. Auch in Möllers Erhebung unter den Professoren in Nordrhein-Westfalen stellen Österreicher und Schweizer jeden dritten Ausländer (Möller 2015, S. 272).

34 Statistisches Bundesamt 2018, S. 246 ff.

35 Diese Angaben beruhen wie auch alle weiteren Daten für die Hochschulabsolventen auf einer Auswertung des SOEP, die mir Markus Grabka freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat, und auf zusätzlichen eigenen Berechnungen auf Basis dieser Daten. Die absoluten Zahlen stimmen aufgrund der teilweise unterschiedlichen Erhebungsme-

Hochschulabsolventen nur jene Personen, die für die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt relevant sind, weil sie das Renteneintrittsalter noch nicht erreicht haben, so fällt ebenfalls eines sofort ins Auge. Während bei den Deutschen unter ihnen nur gut 6,5 Prozent arbeitslos oder nicht erwerbstätig sind, trifft das mit über 24 Prozent auf fast jeden vierten Ausländer zu. Dass über 15 Prozent von ihnen nicht erwerbstätig sind, deutet auf die großen Schwierigkeiten hin, überhaupt auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Bereitschaft bei den knapp neun Prozent Arbeitslosen, Arbeiten deutlich unterhalb ihres Qualifikationsniveaus anzunehmen, ist dementsprechend hoch. Das belegen die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Von den erwerbstätigen Hochschulabsolventen aus dem Ausland übt fast jeder Vierte Tätigkeiten weit unterhalb seines Qualifikationsniveaus aus. Gut jeder Achte von ihnen ist als Arbeiter beschäftigt, fast immer als un- oder angelernte Kraft, und jeder Neunte als Angestellter mit einfachen Tätigkeiten. Unter den deutschen Hochschulabsolventen gibt es solche Fälle zwar auch. Sie machen aber nur einen Anteil von gut 6,5 Prozent aus, betreffen also gerade einmal jeden 15. Erwerbstätigen.

Ein ähnliches Bild bietet sich bei den Beamten, sogar noch ausgeprägter. Während knapp 17 Prozent der deutschen Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss eine Beamtenposition bekleiden, so gut wie immer im gehobenen (vor allem Lehrkräfte an Grund- und Hauptschulen und Amtsräte) oder höheren Dienst (vom Studien- und Regierungsrat über den Oberstudiendirektor und Professor bis hin zum Bundesrichter oder Staatssekretär), trifft das nicht einmal auf ein Prozent der ausländischen Hochschulabsolventen zu. In absoluten Zahlen lautet die Relation ungefähr eineinhalb Millionen deutsche Beamte (im öffentlichen Dienst, bei der Bahn, den Nachfolgeunternehmen der Post oder den beiden Kirchen) zu gerade einmal gut 4.000 ausländischen.<sup>36</sup>

Diese großen Unterschiede lassen schon vermuten, dass die Deutschen und die Ausländer mit Hochschulabschluss in ihrer Gesamtheit in Hinblick auf die von ihnen ausgeübten Tätigkeiten ein höchst unterschiedliches Profil aufweisen. Lässt man die Freiberufler und Selbstständigen ohne Beschäftigte außen vor, weil sich unter diesen beiden Kategorien ganz unterschiedliche Berufsgruppen von Kioskbesitzern und Handelsvertretern über freiberuflich tätige Musiker, Schauspieler und bildende Künstler bis hin zu allein praktizierenden Anwälten und IT-Freelancern verbergen können,<sup>37</sup> zeigt sich in den Bereichen, für die man einen Hochschulabschluss zwingend benötigt und die man üblicherweise mit akademischen Berufen

thoden nicht immer mit denen des Mikrozensus überein. Im SOEP wird die Zahl der Personen mit Hochschulabschluss tendenziell eher überbewertet.

36 Die Angaben auf Basis des SOEP weichen bei den Beamten deutlich von denen des Deutschen Beamtenbundes (DBB) ab. Inwieweit sie auf eine Überrepräsentation der hochqualifizierten Berufsgruppen im SOEP zurückzuführen ist oder auf eine mangelhafte Erfassung beim DBB, ließ sich nicht klären. Eher für letzteres spricht allerdings die Tatsache, dass die Gesamtzahl der Beamten beim DBB schon um 200.000 niedriger ausfällt als in den Angaben des Statistischen Bundesamts.

37 Von den Deutschen mit Hochschulabschluss fallen gut sieben Prozent in diese Kategorie, von den Ausländern 11,5 Prozent. Wie die detaillierten Angaben zu den Ärzten

verbindet, eine gravierende Differenz. Rechnet man zu den Beamten im gehobenen und höheren Dienst noch die Freiberufler und Selbstständigen mit mindestens einem Beschäftigten, die hochqualifizierten Angestellten (wissenschaftliche Mitarbeiter, Ingenieure, Abteilungsleiter etc.) und die Angestellten mit umfassenden Führungsaufgaben (Geschäftsführer, Direktoren etc.) hinzu, so sind von den über zehneinhalb Millionen Deutschen mit Hochschulabschluss, die das Renteneintrittsalter noch nicht erreicht haben, fast drei Fünftel (58,8 Prozent) hier tätig. Bei den weniger als eineinhalb Millionen gleichaltrigen Ausländern mit Hochschulabschluss liegt der Anteil mit 31,4 Prozent dagegen gerade einmal gut halb so hoch. Was die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Arbeitskräfte angeht, spielen die ausländischen Hochschulabsolventen daher keine wesentliche Rolle. Den gut 460.000 Ausländern mit Hochschulabschluss in hochqualifizierten Berufspositionen stehen dort fast sechseinhalb Millionen Deutsche mit derselben Qualifikation gegenüber. Generell gilt, dass der Konkurrenzdruck durch Akademiker aus dem Ausland umso geringer ausfällt, je attraktiver die jeweilige Position ist.

### 3. Die Einstellung zu offenen Grenzen und die eigene Arbeitsmarktlage

Anders als bei der Analyse der Arbeitsmärkte für Hochschulabsolventen gibt es bei der Frage, inwieweit die Zustimmung zu offenen Grenzen bei den Akademikern auch damit zusammenhängt, dass sie selbst durch den Nationalstaat und seine zentralen Elemente (wie vor allem nationale Institutionen und Sprachen) effektiv vor verschärfter Arbeitsplatzkonkurrenz durch Ausländer geschützt werden, keine eindeutige Antwort, sondern nur plausible Vermutungen. Auch wenn es unterschiedliche Faktoren gibt, die zu einer kosmopolitischen Einstellung führen, wie Merkel und Zürn zu Recht betonen, spricht dennoch viel dafür, dass der Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt eine zentrale Bedeutung zukommt. Ist sie entspannt, lässt sich leichter für offene Grenzen plädieren.

Ein Indiz für den Zusammenhang zwischen der Arbeitsmarktlage und der Einstellung zu offenen Grenzen bieten die Antworten auf die im SOEP gestellte Frage, ob einem die Zuwanderung Sorgen mache. Vergleicht man zunächst nur die Akademiker und die Nicht-Akademiker, so zeigt sich ein eindeutiges Bild. Während sich 43 Prozent der Nicht-Akademiker in dieser Beziehung große und nur 15,7 Prozent keine Sorgen machen, sieht es bei den Akademikern ganz anders aus. Mit 21,6 Prozent machen sich nur halb so viele große, mit 31,1 Prozent doppelt so viele keine Sorgen. Blickt man anschließend auf die einzelnen Akademikergruppen, bestätigt sich die Vermutung aus der Analyse der Arbeitsmarktlage. Bei den deutschen Hochschulabsolventen, die als Arbeiter tätig sind und der größten Konkurrenz durch Ausländer ausgesetzt sind, liegen die beiden Antworten große oder keine Sorgen mit 27 beziehungsweise 30,5 Prozent noch sehr nah beieinan-

und Anwälten zeigen, dürften letztere dabei vor allem in jenen Berufen tätig sein, die fachlich weniger anspruchsvoll und finanziell weniger lukrativ sind.

der. Bei den Angestellten mit einfachen oder qualifizierten Aufgaben lautet das entsprechende Verhältnis auch nur 22,9 zu 28,3 Prozent. Bei den freiberuflichen Akademikern ist der Vorsprung für diejenigen, die sich keine Sorgen machen, mit 32,2 zu 20,9 Prozent dagegen schon mehr als doppelt so groß, und bei den hochqualifiziert beschäftigten oder mit umfassenden Führungsaufgaben betrauten Angestellten sieht es mit einer Relation von 38,3 zu nur 14,8 Prozent noch viel eindeutiger aus. Bei den höheren Beamten ist die Differenz mit 39,1 zu 12,5 Prozent dann am größten. Die eigene Arbeitsmarktlage scheint die Einstellung zu offenen Grenzen und Zuwanderung also auch innerhalb der Gruppe der Hochschulabsolventen spürbar zu beeinflussen. Je geringer der Anteil von Ausländern im jeweiligen Arbeitsmarktsegment ist, umso geringer sind offensichtlich auch die Sorgen vor Zuwanderung.

#### 4. Fazit und Diskussion

Kommt man abschließend auf die Ausgangsfrage zurück, so lässt sich diese in einer Hinsicht vergleichsweise klar beantworten, in der anderen dagegen nur in Ansätzen. Wenn es darum geht, ob die überwiegend kosmopolitisch eingestellten deutschen Hochschulabsolventen auch deshalb für offene Grenzen votieren, weil sie auf dem Arbeitsmarkt durch den Nationalstaat und die mit ihm verbundenen Institutionen Schutz vor der Konkurrenz durch Ausländer erfahren, so gibt schon ein Blick auf ihre wesentlichen Tätigkeitsfelder eine deutliche Antwort. Betrachtet man diejenigen mit Hochschulabschluss, die das Renteneintrittsalter noch nicht erreicht haben, so sind drei von fünf Deutschen mit hochqualifizierten Aufgaben befasst. Bei denen mit ausländischer Staatsbürgerschaft oder direkten Migrationserfahrungen trifft das dagegen nur auf drei von zehn zu. Das quantitative Verhältnis zwischen den beiden Gruppen in diesem Arbeitsmarktsegment lautet ungefähr 14 zu eins. Eine ernsthafte Konkurrenz oder gar Bedrohung für die Deutschen gibt es daher in den meisten Bereichen nicht. Besonders ausgeprägt ist die Dominanz der Deutschen unter den akademischen Freiberuflern, den Angestellten mit hochqualifizierten Tätigkeiten oder umfassenden Führungsaufgaben und den Beamten im gehobenen und höheren Dienst. Generell gilt die Regel: Der Ausländeranteil ist umso niedriger, je hierarchisch höher und je finanziell lukrativer die jeweilige berufliche Position ist.

Die Gründe für diese extreme Ungleichverteilung sind vielfältig, haben aber häufig mit dem deutschen Nationalstaat und seinen Institutionen zu tun, direkt wie indirekt. Einen direkten Einfluss zugunsten deutscher Staatsbürger gibt es in einzelnen Bereichen unmittelbar durch nationale Gesetze. Bei den Beamten ist das am offensichtlichsten. Mit hoheitlichen Aufgaben betraute Beamte (neben Justiz, Polizei und Steuerverwaltung auch erhebliche Teile der sonstigen Verwaltung) müssen deutsche Staatsbürger sein. In den anderen Bereichen, vor allem im Schuldienst, ist das zwar nicht zwingend erforderlich. Dort sorgen indirekte Effekte in Form sprachlicher und kultureller Hürden sowie traditioneller Rekrutierungsmuster aber für ähnliche Auswirkungen. Gerade einmal gut 4.000 Ausländer im gehö-

benen und höheren Dienst gegenüber ca. eineinhalb Millionen Deutschen demonstrieren das unübersehbar. Die große Bedeutung von nationalen Sprachen, in diesem Falle der deutschen, hängt dabei nicht nur historisch sehr eng mit der Herausbildung und der Konsolidierung von Nationalstaaten zusammen, sie ist in vielerlei Hinsicht auch heute noch ganz direkt mit dem Nationalstaat verknüpft. So hat der deutsche Staat durch zahlreiche Einzelgesetze und sonstige Regelungen auf Bundes- wie Landesebene festgelegt, dass Deutsch innerhalb seiner Grenzen die gültige Amtssprache für alle öffentlichen Institutionen ist.<sup>38</sup> Gesetze müssen in Deutsch verfasst werden, die Gerichts- und Schulsprache ist Deutsch, und dasselbe gilt für so gut wie alle Verwaltungsverfahren, speziell in den zentralen Bereichen der Finanz- und der Sozialverwaltung. Aus dem Ausland stammende Einwohner haben nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts daher auch kein Anrecht darauf, amtliche Mitteilungen (etwa der Sozial- oder der Finanzämter) in ihrer Heimatsprache zu erhalten. Deutsch als Amtssprache wirkt sich für Ausländer, die mit anderen Muttersprachen aufgewachsen sind, in der Arbeitsplatzkonkurrenz mit Einheimischen besonders im Schuldienst, aber ebenfalls in den meisten anderen staatlichen Institutionen ausgesprochen nachteilig aus.

Auch bei den klassischen akademischen Professionen sorgen, je nach Profession unterschiedlich gewichtet, vor allem sprachliche Hürden (im Umgang mit den Klienten wie im Umgang mit den Behörden) sowie die staatlich garantierten, professionsinternen Zulassungsmechanismen in Form der Kammern dafür, dass der Anteil der Ausländer unter den Freiberuflern auf einem sehr niedrigen Niveau verharrt. Bei den Anwälten liegt er bei weniger als einem Prozent, bei den niedergelassenen Ärzten zwischen zwei und drei Prozent. Bei allen Freiberuflern aus den klassischen Professionen dürften auf ca. eine halbe Million Deutsche weniger als 10.000 Ausländer kommen. Was die sehr günstige Arbeitsmarktlage bei den Ärzten angeht, so spielen direkte staatliche Maßnahmen hier sogar eine entscheidende Rolle. Die auf massiven Druck der Ärzteverbände Ende der 1980er Jahre staatlicherseits beschlossene drastische Reduzierung der Medizinstudienplätze um ein Fünftel trägt die Hauptverantwortung für das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage heute.

Im Journalismus kommt staatlichen Maßnahmen oder von den Professionen bestimmten Zulassungskriterien zwar keine Bedeutung zu, dafür der deutschen Sprache eine umso größere, weil so gut wie alle journalistischen Produkte, ob in Rundfunk und Fernsehen oder in den Printmedien, ob verbal oder in gedruckter Form, in Deutsch verfasst werden müssen. Deutsche Muttersprachler sind Ausländern dabei in der Regel weit überlegen, sodass letztere es extrem schwer haben. Mit einem Anteil von zwei bis drei Prozent sind ausländische Journalisten daher genauso selten wie ausländische niedergelassene Ärzte. Nicht *de jure*, aber *de facto* arbeiten die deutschen Journalisten, die in puncto offene Grenzen mehrheit-

38 Es gibt nur ganz seltene Ausnahmen wie vor allem für die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein.

lich zu deren vehementesten Verfechtern zählen, in einem durch die Sprache weitgehend national abgeschotteten Arbeitsmarkt.<sup>39</sup>

Was auf die Journalisten (wie auch die meisten Beamten, Anwälte oder niedergelassenen Ärzte) in besonderem Maße zutrifft, gilt aber in mehr oder minder abgeschwächter Form auch für die meisten anderen akademischen Berufsgruppen. Unabhängig davon, ob man selbst ein, zwei oder sogar mehr Fremdsprachen beherrscht, profitiert man dennoch von seiner Muttersprache. Sie verschafft den Einheimischen in vielen, wenn auch nicht in allen Bereichen, wie beispielsweise die Max-Planck-Institute zeigen, spürbare Vorteile in der Konkurrenz mit Ausländern. Kulturelle Unterschiede, wie am Beispiel der Ärzte und ihres unterschiedlichen Umgangs mit den Patienten geschildert, verstärken diesen Effekt weiter.

Ein zusätzlicher Faktor sind die traditionellen Rekrutierungsmechanismen, die ebenfalls stark von nationalen Traditionen bestimmt sind. Das kann man sehr deutlich bei der Gruppe von Hochqualifizierten beobachten, die allgemein als Prototyp des beruflich wie privat transnational agierenden Kosmopoliten gilt: den Topmanagern der multinationalen Großkonzerne. Wie eine umfangreiche empirische Studie über die Spitzenmanager der 1.000 größten Unternehmen der Welt zeigt,<sup>40</sup> leben und arbeiten 90 Prozent von ihnen in ihrem Heimatland. Ausländer unter ihnen sind in den meisten Ländern immer noch selten. Nur drei von zehn Managern (inklusive der Ausländer unter ihnen) weisen überhaupt längere Auslandserfahrungen von mehr als einem halben Jahr am Stück auf. Der Grund dafür ist in erster Linie in den sehr unterschiedlichen, stark national geprägten Rekrutierungsmustern zu suchen. Was bei den Topmanagern gilt, trifft in noch stärkerem Maße auf viele andere hochqualifizierte Berufe zu, sowohl in der Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst. Bei all diesen Gruppen wird das Ausmaß der grenzüberschreitenden Mobilität in der Regel deutlich überschätzt. Sie bleiben in hohem Maße den nationalen Arbeitsmärkten verbunden und damit auch deren Regeln unterworfen, die sich in vielerlei Hinsicht zu Ungunsten der aus dem Ausland kommenden Konkurrenz auswirken.

Ob die Mitglieder der akademischen Berufe es nun bewusst wahrnehmen oder nicht, sie profitieren so gut wie alle von diesem Zustand und damit auch von der Existenz des Nationalstaats und der mit ihm verbundenen Institutionen.<sup>41</sup> Es ist daher auch nicht überraschend, dass die deutschen Hochschulabsolventen Zuwanderung umso kritischer bewerten, je niedriger ihre eigene berufliche Position ist und je stärker sie damit der Konkurrenz durch Ausländer unterliegen. Es sieht so aus, und das ist eine erste vorsichtige Antwort auf die zweite Frage, als ob

39 Einzig die vergleichsweise kleinen Länder Österreich und Schweiz erweitern aufgrund der gleichen Sprache diesen nationalen Arbeitsmarkt ein wenig.

40 Hartmann 2016.

41 Das gilt im Übrigen auch für die Entwicklung ihrer Einkommen, deren starke Steigerung nicht einfach nur eine Folge der Globalisierung ist, sondern zu großen Teilen auf die nationale, von den jeweiligen politischen Kräfteverhältnissen bestimmte Steuerpolitik zurückzuführen ist. Vgl. dazu Hartmann 2018, S. 114 ff.

es durchaus einen direkten Zusammenhang zwischen den eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt und der Einstellung zu offenen Grenzen gibt.

Blickt man auf den gesamten Arbeitsmarkt für wenig qualifizierte Kräfte, so ist es nicht verwunderlich, dass die in diesem Arbeitsmarktsegment Beschäftigten generell sehr viel skeptischer auf das Prinzip offener Grenzen reagieren. Hier kommt ein Ausländer auf ungefähr drei Deutsche, nimmt man nur die vorhandenen Berufsabschlüsse zum Maßstab. Rechnet man jene Ausländer hinzu, die (wie fast jeder vierte Hochschulabsolvent unter ihnen) trotz hoher Abschlüsse ebenfalls in diesem Marktsegment arbeiten müssen, verstärkt sich die Konkurrenz sogar noch.<sup>42</sup> Dass die in diesen wenig qualifizierten und schlecht bezahlten Jobs tätigen Menschen zudem auch um die günstigen Wohnquartiere konkurrieren, es eine verstärkte, auch EU-interne Zuwanderung (vor allem aus Bulgarien und Rumänien) in die schon relativ armen Städte etwa im nördlichen Ruhrgebiet oder in der Westpfalz gibt,<sup>43</sup> verschärft die Situation weiter. Diese gravierenden Unterschiede, was die Konkurrenz am Arbeitsmarkt und die daraus resultierenden Lebenslagen angeht, sollte man immer berücksichtigen, wenn es um die Analyse und vor allem die Bewertung kosmopolitischer Einstellungen geht. Auch wenn dieser Aufsatz nur einen ersten Aufschlag für weitere Forschung bilden kann, so zeigt er meines Erachtens doch eines: Es ist leichter, für offene Grenzen zu plädieren, wenn man durch vom Nationalstaat geprägte Mechanismen (mehr oder minder stark) vor den negativen Konsequenzen gerade auf dem Arbeitsmarkt geschützt wird.

## Literatur

- Bloodworth, James 2019. »Jeremy Corbyn is Caught in Labour's Immigration Wars«, in *Foreign Policy* vom 27. November 2019. <https://foreignpolicy.com/2019/11/27/uk-migration-refugees-brexit-jeremy-corbyn-is-caught-labour-immigration-wars/> (Zugriff vom 29.11.2019).
- Bukow, Sebastian 2019. *Europawahl in Deutschland 2019*. Böll.brief Demokratie und Gesellschaft 12. [www.boell.de/sites/default/files/boell.brief\\_final\\_deutsch.pdf](http://www.boell.de/sites/default/files/boell.brief_final_deutsch.pdf) (Zugriff vom 20.12.2019).
- Bundesärztekammer 2017. *Ärztstatistik zum 31. Dezember 2017*. [www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user\\_upload/downloads/pdf-Ordner/Statistik2017/Stat17AbbTab.pdf](http://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/downloads/pdf-Ordner/Statistik2017/Stat17AbbTab.pdf) (Zugriff vom 20.12.2019).
- Bundesärztekammer 2018. *Ärztstatistik zum 31. Dezember 2018*. [www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user\\_upload/downloads/pdf-Ordner/Statistik2018/Stat18AbbTab.pdf](http://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/downloads/pdf-Ordner/Statistik2018/Stat18AbbTab.pdf) (Zugriff vom 20.12.2019).
- Bundesrechtsanwaltskammer 2018. *Niederlassungen nach EuRAG und § 6 BRAO im Jahresvergleich*. [www.brak.de/fuer-journalisten/zahlen-zur-anwaltschaft/](http://www.brak.de/fuer-journalisten/zahlen-zur-anwaltschaft/) (Zugriff vom 09.10.2019).
- Bundesrechtsanwaltskammer 2019. *Große Mitgliederstatistik zum 01. Januar 2019*. [www.brak.de/fuer-journalisten/zahlen-zur-anwaltschaft/](http://www.brak.de/fuer-journalisten/zahlen-zur-anwaltschaft/) (Zugriff vom 09.10.2019).
- de Wilde, Pieter; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis, Oliver; Zürn, Michael. Hrsg. 2019. *The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- DZHW, DAAD (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Deutscher Akademischer Austauschdienst) 2018. *Wissenschaft weltoffen kompakt 2018. Daten und*

42 Daten des SOEP.

43 Landmesser 2018.

- Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland. [www.wissenschaftwelttoffen.de/publikation/wiwe\\_2018\\_verlinkt.pdf](http://www.wissenschaftwelttoffen.de/publikation/wiwe_2018_verlinkt.pdf) (Zugriff vom 20.12.2019).
- Flenker, Ingo; Schwarzenau, Michael 1998. »Ärztliche Arbeitslosigkeit: Vom Fremdwort zum Langzeitproblem«, in *Deutsches Ärzteblatt* 95, 3, S. A 85–87.
- Flintrop, Jens 2009. »Integration ausländischer Ärzte: Neben sprachlichen gibt es auch kulturelle Hürden«, in *Deutsches Ärzteblatt* 106, 10, S. 438–439.
- Geißler, Rainer; Enders, Kristina; Reuter, Verena 2009. »Wenig ethnische Diversität in deutschen Zeitungsredaktionen«, in *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland*, Band 2, hrsg. v. Geißler, Rainer; Pöttker, Horst. S. 79–117. Bielefeld: transcript.
- Gidron, Noam; Hall Peter A. 2018. »The Politics of Social Status. Economic and Cultural Roots of the Populist Right«, in *British Journal of Sociology* 68, S1, S. S57–S84.
- Goodhart, David 2017 a. *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics*. London: C. Hurst & Co.
- Goodhart, David 2017 b. »Die ›Anywheres‹ und die ›Somewheres‹«, in *Rotary Magazin* vom 1. Mai 2017. <https://rotary.de/gesellschaft/die-anywheres-und-die-somewheres-a-10639.html> (Zugriff vom 20.12.2019).
- Hartmann, Michael 2016. *Die globale Wirtschaftselite. Eine Legende*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Hartmann, Michael 2018. *Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Kahrs, Horst 2019. »Deutschland vor der Europawahl«. *Bericht über eine Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*. [www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2019/02/2019-02-13-Ka-Deutschland-vor-Europawahl.pdf](http://www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2019/02/2019-02-13-Ka-Deutschland-vor-Europawahl.pdf) (Zugriff vom 30.11.2019).
- Kopetsch, Thomas 2010. *Dem deutschen Gesundheitswesen gehen die Ärzte aus! 5.*, aktualisierte und komplett überarbeitete Auflage. Berlin: Bundesärztekammer und Kassenärztliche Vereinigung.
- Koopmans, Ruud; Zürn, Michael 2019. Cosmopolitanism and Communitarianism – How Globalization Is Reshaping Politics in the Twenty-First Century, in *The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*, hrsg. v. de Wilde, Pieter; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis, Oliver; Zürn, Michael, S. 1–34. Cambridge: Cambridge University Press.
- Landmesser, Wolfgang 2018. *Von Willkommenskultur kaum eine Spur*. [www.deutschlandfunk.de/zuwanderung-aus-rumaenien-und-bulgarien-von.724.de.html?dram:article\\_id=436770](http://www.deutschlandfunk.de/zuwanderung-aus-rumaenien-und-bulgarien-von.724.de.html?dram:article_id=436770) (Zugriff vom 30.11.2019).
- Lengfeld, Holger 2017. »Die ›Alternative für Deutschland‹: eine Partei der Modernisierungsverlierer?«, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69, 2, S. 209–232.
- Lux, Thomas 2018. »Die AfD und die unteren Statuslagen«, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, 2, S. 255–273.
- Mätzig, Gerhard 2019. »Schnäppchenjagd am Bau«, in *sueddeutsche.de* vom 3. Juli 2019. [www.sueddeutsche.de/kultur/architektur-schnaepchenjagd-am-bau-1.4509599](http://www.sueddeutsche.de/kultur/architektur-schnaepchenjagd-am-bau-1.4509599) (Zugriff vom 10.12.2019).
- Martin, Wolfgang 2018. »Arbeitsmarkt Ärzte: Wettbewerb um qualifizierte Fachärzte verschärft sich«, in *Deutsches Ärzteblatt* 115, 26, S. 2–3.
- Mckenzie, Lisa 2018. »The Class Politics of Prejudice: Brexit and the Land of No-hope and Glory«, in *British Journal of Sociology* 68, S1, S. S265–S280.
- Merkel, Wolfgang 2017. »Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie«, in *Parties, Governments and Elites*, hrsg. von Harfst, Philipp; Kubbe, Ina; Poguntke, Thomas, S. 9–23. Wiesbaden: Springer VS.
- Merkel, Wolfgang 2018. »Die populistische Revolte«, in *Welt, Kultur, Politik – Kulturpolitik in Zeiten der Globalisierung. Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/18*, hrsg. von Blumenreich, Ulrike; Dengel, Sabine; Hippe, Wolfgang; Sievers, Norbert, S. 63–68. Bielefeld: transcript.
- Merkel, Wolfgang; Zürn, Michael 2019. »Die neue Konfliktlinie und die Rolle des Politischen Gesprächs«, in *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 74, 6, S. 14–22.
- Möller, Christina 2015. *Herkunft zählt (fast) immer. Soziale Ungleichheiten unter Universitätsprofessorinnen und -professoren*. Weinheim: Beltz.

- Norris, Pippa; Inglehart, Ronald 2019. *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Oechsner, Thomas 2019. »Jetzt beginnt der Preiskampf«, in *sueddeutsche.de* vom 4. Juli 2019. [www.sueddeutsche.de/wirtschaft/honorare-architekten-deutschland-eugh-1.4511259](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/honorare-architekten-deutschland-eugh-1.4511259) (Zugriff vom 10.12.2019).
- Oulios, Miltiadis 2010. »Journalisten mit Einwanderungsgeschichte in deutschen Massenmedien – unterrepräsentiert oder auf dem Vormarsch?«, in *Zur Rolle der Medien in der Einwanderungsgesellschaft*. WISO Diskurs August 2010, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 23–32. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Rippl, Susanne; Seipel, Christian 2018. »Modernisierungsverlierer, Cultural-Backlash, Postdemokratie«, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, 2, S. 237–254.
- Rößner, Jörg; Tannenber, Robert Christian 2019. »Union bei 18- bis 29-Jährigen nur noch bei 13 Prozent«, in *Welt.de* vom 26. Mai 2019. [www.welt.de/politik/deutschland/article194198267/Europawahl-2019-Wer-waehlte-wen-nach-Alter-Beruf-Geschlecht.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article194198267/Europawahl-2019-Wer-waehlte-wen-nach-Alter-Beruf-Geschlecht.html) (Zugriff vom 29.11.2019).
- Statistisches Bundesamt 2018. *Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen*. Fachserie 11. Reihe 4.4. Wiesbaden.
- Thomas, Anke 2018. »Fast jeder zweite besteht Prüfung nicht«, in *Ärztezeitung online* vom 26. März 2018. [www.aerztezeitung.de/Politik/Fast-jeder-zweite-besteht-Pruefung-nicht-231389.html](http://www.aerztezeitung.de/Politik/Fast-jeder-zweite-besteht-Pruefung-nicht-231389.html) (Zugriff vom 25.08.2019).
- Wolfskämpf, Vera 2019. »Spahn will Apotheken vor Ort stärken«, in *tagesschau.de* vom 17. Juli 2019. [www.tagesschau.de/inland/apotheken-spahn-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/apotheken-spahn-101.html) (Zugriff vom 10.12.2019).
- Zürn, Michael 2018. »Die Kosmopoliten müssen ihre kulturelle Arroganz ablegen«, in *Die sortierte Gesellschaft. Zur Kritik der Identitätspolitik. Novo Argumente* 125, hrsg. von Richardt, Johannes, S. 71–79. Frankfurt a. M.: Novo Argumente Verlag.

**Zusammenfassung:** In der Debatte über Kosmopoliten und Kommunitaristen bleibt eine Frage offen oder wird erst gar nicht gestellt: Inwieweit hängen kosmopolitische Einstellungen auch mit der Möglichkeit zusammen, sich auf dem Arbeitsmarkt effektiv vor der Konkurrenz durch hochqualifizierte Ausländer schützen zu können? Dieser Frage geht der Aufsatz anhand umfangreicher Daten über die akademischen Berufstätigen in Deutschland nach. Die Antwort lautet: Die deutschen Hochschulabsolventen erfahren durch unterschiedliche, mit dem Nationalstaat verbundene (formelle wie informelle) Mechanismen Schutz vor der Arbeitsmarktkonkurrenz durch Ausländer, und das dürfte ein wichtiger Grund für ihre positive Einstellung gegenüber offenen Grenzen sein.

**Stichworte:** Kosmopoliten, Akademiker, Arbeitsmarktkonkurrenz, Ausländer, Nationalstaat

### The Cosmopolitans as Profiteers of the Nation State and Its Institutions. On the Economic Requirements of Cosmopolitan Attitudes

**Summary:** In debates about cosmopolitans and communitarians, one question remains open or is not even asked: To what extent are cosmopolitan attitudes also related to the possibility of effectively protecting oneself on the labour market from competition from highly qualified foreigners? The article examines this question on the basis of extensive data on academic professionals in Germany. The answer is that German university graduates are protected from labour market competition by foreigners by various (formal and informal) mechanisms, which are linked to the nation state, and this is probably an important reason for their positive attitude towards open borders.

**Keywords:** cosmopolitans, academics, labour market competition, foreigners, nation state

#### Autor

Michael Hartmann  
Prof. i. R. TU Darmstadt  
hartmann@ifs.tu-darmstadt.de